

Inhalt:

Seite 1 - 3

Gemeinschaftliche Besprechung

Seite 1

Evaluation der Generalzolldirektion

Seite 1

Bearbeitungsdauer Reisekostenanträge bei Fortbildungsveranstaltungen

Seite 2

Personalauswahlentscheidungen

Seite 2

Direktion XI nimmt Arbeit auf

Seite 2

GZD und GPR in Zahlen

Seite 3

Gemeinschaftliche Besprechung



Constanze Voß, GZD DI und Thomas Krämer, GPR, v.l.

Am 18. Januar lud der Gesamtpersonalrat die Leitung der Direktion I zu einer Gemeinschaftlichen Besprechung ein. Geplant war, dass Vizepräsident Dr. Armin Rolfink und die Leiterin der Abteilung DI.A Constanze Voß an der Besprechung teilnehmen. Anfang der Woche wurde aus dem Bundesministerium der Finanzen bekannt, dass eine personelle Neuaufstellung auf Abteilungsleiterenebene umgesetzt wird. Im Zuge dessen wurde Dr. Rolfink zum Abteilungsleiter III (Zollab-

teilung) ernannt und konnte nicht an der Besprechung teilnehmen. Der Gesamtpersonalrat wünscht Dr. Rolfink für seine neue, herausfordernde Aufgabe viel Erfolg.

Der Vorsitzende des Gesamtpersonalrats, Thomas Krämer (BDZ) bedankte sich bei Frau Voß, dass die Gemeinschaftliche Besprechung trotzdem durchgeführt werden konnte, gerade auch im Hinblick auf ihre zeitintensive Rolle als Vertreterin der Direktion I.

Evaluation der Generalzolldirektion

Als erstes Thema wurde der Sachstand zur Evaluierung der Generalzolldirektion besprochen. Ziel ist es nach dem Ergebnis der Evaluierung, Aufgabenpakete besser zu gestalten, klarere und effizientere Strukturen zu schaffen und Prozesse mit weniger Schnittstellen zu optimieren. Eine räumliche Verlagerung von Dienstposten/Arbeitsplätzen ist

ausdrücklich nicht vorgesehen. Auf Nachfrage des Vorsitzenden ergänzte Frau Voß, dass sobald die Planungen und die finalen Abstimmungen mit dem Bundesministerium der Finanzen abgeschlossen sind, etwaige Maßnahmen den betroffenen Interessenvertretungen, aber auch den Beschäftigten transparent vorgestellt werden.

Bearbeitungsdauer Reisekostenanträge bei Fortbildungsveranstaltungen

Der Gesamtpersonalrat hat mehrere Eingaben von Teilnehmenden an Fortbildungsveranstaltungen erhalten, dass sich die Bearbeitung der Anträge auf Reisekostenvergütung erheblich verzögert. Es liegen dem Gremium Vorgänge mit einer Bearbeitungsdauer von mehr als 20 Arbeitswochen vor. Thomas Krämer machte deutlich, dass eine Bearbeitungsdauer von 4 bis 8 Wochen kein Problem darstellt – 22 Wochen sind jedoch für den GPR nicht akzeptabel. Frau Voß stimmt uneingeschränkt zu, dass solche langen Bearbeitungszeiten nicht hinzunehmen sind und die Verwaltung erhöhte Anstrengungen unternehmen muss, die Bearbeitungszeit auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Bearbeitung von Anträgen auf Reisekostenvergütung bei Fortbildungsveranstaltungen liegt in der

Verantwortung der Zentralen Reisekostenstelle der Direktion IX in Plessow. Die dortigen Kolleginnen und Kollegen sind allerdings mit der Bearbeitung der Nachwuchskräfte des gehobenen und mittleren Dienstes vollends ausgelastet. Daher unterstützen die Service-Center der Direktion II, hierbei vor allem Köln und Dresden, die Zentrale Reisekostenstelle. Leider sind die Rückstände weiterhin sehr hoch. Der Vorsitzende machte deutlich, dass die Verwaltung nicht von den Beschäftigten verlangen kann sich an konkrete Antragsfristen halten zu müssen (Ausschlussfrist von 6 Monaten bei Reiskosten), selbst aber keine zügige Bearbeitung sicherstellen kann. Eine Eingangsbestätigung, eine Rückmeldung oder ein Zwischenbescheid unterbleiben. So bleiben die Beschäftigten ratlos

zurück. Für die Beschäftigten geht es teilweise um hohe Geldbeträge, auf die gerade in den unteren Entgelt- und Besoldungsgruppen nur schwer verzichtet werden kann. Frau Voß sagte zu, die Problematik zeitnah eingehend zu erörtern. Der Vorsitzende dankte Frau Voß ausdrücklich für ihren Einsatz. Die Bearbeiterin des Gesamtpersonalrats für das Thema Reisekosten, Petra Steegmanns (BDZ) ergänzte in diesem Zusammenhang, dass einheitliches und agiles Vorgehen bei der Antragsstellung und Bearbeitung die Bearbeitungszeit reduzieren könnten. Vor allem wäre es zu begrüßen, wenn endlich alle Reisekostenstellen Anträge per E-Mail mit digitalen oder eingescannten Unterschriften akzeptieren würden.

Personalauswahlentscheidungen

Mehrere Kolleginnen und Kollegen haben sich den letzten Monaten an den GPR gewandt, da Maßnahmen, wie Auswahlentscheidungen, teils mehrere Monate in Anspruch nehmen. Diese Nachfragen nahm der Vorsitzende zum Anlass mit Frau Voß über mögliche Beschleunigungen zu sprechen. Der Vorsitzende führte aus, dass es sowohl für die Bearbeiter des Gesamtpersonalrats, als auch die Personalarbeitsbereiche der Direktion I von Vorteil wäre, wenn die Anschreiben an den GPR auf das für eine Entscheidung

des Gremiums notwendige Maß reduziert werden könnten. Frau Voß stimmte dem Vorsitzenden zu, dass eine schnelle und rechtlich einwandfreie Bearbeitung der Vorgänge im gemeinsamen Interesse ist, gerade im Hinblick auf höherwertige Dienstposten, wo lange Bearbeitungszeiten auch monetäre Auswirkungen haben können.

Frau Voß und der Vorsitzende vereinbarten daher einen weitergehenden Austausch, bei dem gemeinsame Potentiale für Verbesserungen ausgelotet werden sollen. Man war

sich einig, dass durch die Pandemiejahre der förderliche, persönliche Austausch nicht im gewünschten Umfang stattfinden konnte.

Zum Abschluss gab Frau Voß noch einen kurzen Ausblick auf die Herausforderungen der Generalzolldirektion für die kommenden Monate, wie Zollarbeitsplatz der Zukunft und die Einrichtung der Direktion XI. Thomas Krämer und Frau Voß vereinbarten den vertrauensvollen Austausch im Rahmen von Gemeinschaftlichen Besprechungen in der Zukunft zu intensivieren.

Direktion XI nimmt Arbeit auf

Die Direktion XI – Zentralstelle für Sanktionsdurchsetzung (ZfS) hat zum Jahreswechsel ihre Arbeit aufgenommen. Aufgabe der neuen Direktion ist vor allem die wirksame Umsetzung der Sanktionsgesetze des Bundes und der EU. Die ZfS soll dann später in die neue Bundesoberbehörde zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (BBF) überführt werden. Derzeit ist die ZfS auf der

Liegenschaft des Zollkriminalamts (Direktion VIII) angesiedelt. Im Jahr 2023 sind vorerst 91 Beschäftigte für die ZfS vorgesehen, die Leitung ist nach Besoldungsgruppe A16 bewertet. Gerade auch durch die räumliche und organisatorische Nähe zum ZKA befürchtet der Gesamtpersonalrat nach der FIU die nächste spürbare Personalabwanderung aus dem ZKA. Die Kollegin-

nen und Kollegen des ZKA leisten seit Jahren ihren Dienst unter erhöhten Schwierigkeiten. Nach dem Aufbau der FIU wird nun eine neue Organisationseinheit von ehemaligen Beschäftigten des ZKA mit aufgebaut. Der BDZ-geführte Gesamtpersonalrat wird sich gegenüber der Leitungsebene dafür einsetzen, dass ZKA personell zu verstärken.

GZD und GPR in Zahlen

Zum Jahresanfang bietet es sich an sowohl nach vorn, als auch zurück zu blicken, daher wollen wir euch einen Einblick in die Arbeit des GPR geben und einige Infos zur GZD mit euch teilen:

Für die Generalzolldirektion wurde für 2023 ein Personalbedarf von insgesamt 8429,76 AK festgesetzt; davon sind 650,40 AK höherer Dienst, 4592,47 AK gehobener Dienst, 2998,06 AK mittlerer Dienst und 188,83 einfacher Dienst. Größte Direktion ist die Direktion II mit fast 2700 festgesetzten AK, auf Platz 2

liegt die Direktion IX mit über 1600 AK, dahinter folgen die Direktionen VIII und I mit ca.1200 AK. Auch wenn nicht jeder einzelne Dienstposten oder Arbeitsplatz besetzt ist, besitzt die GZD eine beachtliche Größe und ist seit ihrer Einrichtung 2016 stetig gewachsen. Folgerichtig hat die Anzahl der Vorgänge, die der GPR zu bearbeiten hat, ebenso deutlich zugenommen. Letztes Jahr wurden 915 Personalmaßnahmen für Beamte und 340 für Tarifbeschäftigte vorbereitet und im Gremium besprochen. Hinzukommen natürlich

noch die zahlreichen organisatorischen Maßnahmen, wie Dienstvereinbarungen, Liegenschaftsangelegenheiten oder Pilotierungen für IT-Programm, sowie Beteiligungen des HPR und BPR; und die Eingaben der Beschäftigten. Die BDZ-Fraktion im GPR wird sich weiterhin dafür einsetzen Personalzuwachs für die GZD zu bekommen. Der Vorsitzende wird diesbezüglich ständig Gespräche mit der Verwaltung führen. Auch die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten der Tarifbeschäftigten stehen im Fokus.